

Zum 111. Internationalen Frauentag am 8. März 2022

LANDFRAUEN FÜR FRIEDEN – LandFrauen verurteilen den Angriff auf die Ukraine

Der Internationale Frauentag entstand vor dem ersten Weltkrieg als Initiative von Frauen um den Kampf für Frieden, Gleichberechtigung und das Wahlrecht. Heute - 111 Jahre später – ist durch den Krieg in der Ukraine der Weltfrieden erneut bedroht. Deshalb stellt sich der LandFrauenverband Württemberg-Baden e.V. zum diesjährigen Frauentag an die Seite der ukrainischen Frauen, Kinder und Männer, deren Heimat und Lebensgrundlagen zerstört werden.

"Mit großer Sorge blicken wir in den Osten Europas. Was niemand für möglich hielt, ist eingetreten: ein Krieg in Europa. Nach zwei Weltkriegen, die unendliches Leid für die Menschen verursachten, hat die Weltgemeinschaft vor über 70 Jahren 'Nie wieder Krieg' ausgerufen" so Präsidentin Marie-Luise Linckh. „Wir LandFrauen, Bürgerinnen und Mütter von Kindern wollen, dass die Kinder dieser Welt in Frieden aufwachsen können."

Krieg ist kein unabwendbares Schicksal. Krieg ist grausam und menschenverachtend. Er kennt nur Verlierer und bedeutet immer eine Niederlage für die Menschheit. Die Welt ist voll von atomaren, biologischen und Cyber-Waffen und die Gefahr, dass weitere Staaten mit hineingerissen werden, ist groß. Dieser Krieg ist auch ein Angriff auf die europäische Stabilität und ihre Werteordnung.

- Keine Regierung hat das Recht, einem anderen Staat seine Existenz abzusprechen.
- Keine Regierung hat das Recht, einen völkerrechtswidrigen Krieg zu beginnen.
- Keine Regierung hat das Recht, aus wirtschaftlichen, geopolitischen oder reinen Machtinteressen das Leben von Bürgerinnen und Bürgern zu gefährden.

Die aktuelle Situation zeigt, wie wertvoll die demokratische Staatsform mit ihren Merkmalen der Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung ist. Sie ist keine Selbstverständlichkeit und muss beständig mit Leben gefüllt werden.

Die über 50.000 LandFrauen rufen dazu auf, über die notwendigen Sanktionen und die militärische Unterstützung hinaus **weiterhin** die vielfältigen demokratischen Möglichkeiten von Deeskalation und Diplomatie zu nutzen, um den Konflikt beizulegen. Dies entspricht der im Koalitionsvertrag festgehaltenen Verantwortung der deutschen Bundesregierung, für die „Sicherung von Frieden und Freiheit und die Wahrung der Menschenrechte in der Welt“ einzutreten. Präsidentin Linckh erinnert an den Humanisten Erasmus von Rotterdam, der 1517 in seiner "Klage des Friedens" schrieb: "Warum bedenken sie nicht lieber die Tatsache, dass die Welt das gemeinsame Vaterland aller ist?"

Stuttgart, 1. März 2022